

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 19

vom 20. Mai 2011

Redaktion: Katja Richardt

Wirtschaft und Verkehr

50 weitere Tempo 30 Zonen für Hamburg	3
Der Hamburger Hafen ist klar auf Wachstumskurs	8
Hamburg investiert in Infrastruktur und Verkehrssicherheit.....	9
Planungswerkstatt Lichtsignalanlagen	11

Gesundheit und Verbraucherschutz

Finanzierung stationärer Wohn-Pflege-Gemeinschaften für pflegebedürftige Seniorinnen und Senioren gesichert.....	13
Bestnoten für Hamburger Kontrollstellen	15
"JA zum Alter!" – Der 10. Deutsche Seniorentag findet 2012 in Hamburg statt.....	17
Niemand muss auf dem Spielplatz rauchen.....	19
Mehr Transparenz für Verbraucher.....	20
Flirtfalle Internet?.....	21

Justiz und Gleichstellung

Internationaler Tag gegen Homophobie: Justiz- und Gleichstellungsministerin Jana Schiedek eröffnet Rainbowflash.....	23
Justizministerkonferenz in Halle	24
Konferenz der Justizministerinnen und -minister in Halle.....	26

Schule und Berufsbildung

Mit Sprache zum Erfolg: Schlüsselkompetenz Sprache.....	29
Landeszentrale für politische Bildung bietet Fortbildung für neue Mitglieder der Hamburger Bezirksversammlungen an	30
Irrtümlich verfrühte Prüfungsabnahme und illegale Bekanntmachung von Prüfungsaufgaben – Neue Prüfungstermine angesetzt	31
Neues Ausbildungszentrum für Holzberufe - Holzzentrum mit ökologischen und technischen Spitzenstandards an der G 6 eingeweiht	32

Stadtentwicklung und Umwelt

Klimaschutz ist die halbe Miete	33
---------------------------------------	----

Green Events: Einmal das Gleiche in Grün, bitte!	35
Wissenschaft und Forschung	
100 Jahre Hauptgebäude der Universität Hamburg gefeiert	37
Drei Hamburger Hochschulen für Engagement in der Hochschule ausgezeichnet	39
HafenCity Universität: Wissenschaftsbehörde erteilt Spekulationen in den Medien eine Absage.....	40
Kultur	
Kultursenatorin stellt Beteiligungsprojekt für den Gedenkort Lohseplatz vor	41
40 Jahre ZEIT-Stiftung	43
Senatorin Prof. Barbara Kisseler eröffnet Ausstellung im hamburgmuseum	44
Internationale Bauausstellung	
Das IBA-Projekt „Tor zur Welt“ erhält Mediale Geowerkstatt	45
IBA DOCK auf der Architekturbiennale São Paulo.....	47
internationale gartenschau	
Frühling bei der Gartenschau	49
Norddeutschen Zusammenarbeit	
Hamburg und Schleswig-Holstein wollen enger zusammenarbeiten.....	51

18. Mai 2011/bwvi18

50 weitere Tempo 30 Zonen für Hamburg

Nach einer umfassenden Prüfung durch die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation in Abstimmung mit dem Hamburger Verkehrsverbund (HVV), den Verkehrsbetrieben, der Polizei und der Feuerwehr in diesem Jahr können nun weitere 50 Straßen für Tempo-30-Zonen empfohlen werden.

Bereits 1983 wurde in Hamburg das Tempo-30-Konzept zur Verlangsamung des Verkehrs in Wohngebieten eingeführt. Das Konzept soll Kraftfahrer zu einer rücksichtsvolleren Fahrweise veranlassen und damit die Gefahren für schwächere Verkehrsteilnehmer mindern, ohne dabei die Abwicklung des Gesamtverkehrs zu behindern. Seitdem ist das Konzept, welches sich auf Wohngebiete konzentriert, kontinuierlich ausgebaut worden und hat sich umfassend bewährt.

In der letzten Legislaturperiode ist untersucht worden, an geeigneter Stelle weitere Tempo-30-Zonen zuzulassen. Hierzu hatte das Amt für Verkehr und Straßenwesen die Bezirke gebeten, Vorschläge zur Ergänzung bzw. Veränderung der Tempo-30-Zonen zu nennen. Nach einer Prüfung der vorgeschlagenen Straßen konnten in einer ersten Tranche bereits 41 Straßen für Tempo-30-Zonen empfohlen werden.

Wichtige Strecken des Öffentlichen Personennahverkehrs, Einsatzwege für Rettungsfahrzeuge und wichtige Verbindungen des Wirtschaftsverkehrs müssen bei einer Erweiterung der verkehrsberuhigten Bereiche allerdings ausgenommen bleiben. Teilweise ist die Einrichtung auch mit Auflagen verbunden, wie beispielsweise dem Anschluss der untergeordneten Straßen mit Gehwegüberfahrten. Dies ist notwendig um einen sicheren Fahrgastbetrieb im ÖPNV zu ermöglichen, ohne vor jeder rechtsseitigen Einmündung abbremsen zu müssen.

Die Umsetzung der hier genannten möglichen Tempo-30-Zonen liegt nun sowohl in fachlicher als auch in finanzieller Hinsicht in der Verantwortung der Bezirke.

Welche 91 Straßen konkret für Tempo-30-Zonen empfohlen wurden, können Sie unter www.hamburg.de sehen.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke

Tel.: 040-42841- 2239

Email: pressestelle@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi

Gesamtübersicht Tempo-30-Zonen Vorschläge (1. + 2. Tranche)

lfd. Nr.	Bezirk Harburg	von	bis
1	Bissingstraße	Buxtehuder Straße	Schwarzenbergstraße
2	Cranzer Elbdeich		
3	Dubben		
4	Estedeich	Cranzer Hauptdeich	Landesgrenze
5	Haackestraße	Schwarzenbergstraße	Weusthoffstraße
6	Hasselwerder Straße	Nincoper Straße	Marschkamper Deich
7	Hausbrucher Moor		
8	Triftstraße *	Heimfelder Straße	Ehestorfer Weg
	Bezirk Hamburg-Mitte	von	bis
9	Bei der Windmühle	Kirchdorfer Straße	Krieterstraße
10	Billhorner Mühlenweg	Billwerder Neuer Deich	Billhorner Kanalstraße
11	Billufer	Horner Rampe	Daniel-Bartels-Weg
12	Billwerder Neuer Deich	Hardenstraße	Billhorner Mühlenweg
13	Cremon		
14	Fährstraße	Veringstraße	Reiherstieg
15	Hardenstraße		
16	Hühnerposten	Klostertor	Münzstraße
17	Klostertor	Amsinckstraße	Hühnerposten
18	Krieterstraße	Siedenfelder Weg	Bei der Windmühle
19	Merkenstraße	Möllner Landstraße	Mattkamp
20	Münzplatz		
21	Münzstraße	Kurt-Schumacher-Allee	Münzplatz
22	Neue Gröningerstraße		
23	Norderstraße	Westerstraße	Münzplatz
24	Öjendorfer Weg	Südlich Reclamstraße	
25	Osterbrook	Südl. Wendenstraße	
26	Prassekstraße	Neuenfelder Straße	Hinter der Dorfkirche
27	Repsoldstraße	Münzplatz	Spaldingstraße
28	Rosenallee	Münzplatz	Spaldingstraße
29	Schultzweg	Norderstraße	Hühnerposten

30	Siedenfelder Weg	Kirchdorfer Straße	Krieterstraße
31	Steinbeker Weg	Steinbeker Hauptstraße	
32	Veringstraße	Vogelhüttendeich	Hans-Sander-Straße
33	Westerstraße	Norderstraße	Klostertor
34	Woltmannstraße	Högerdamm	Amsinckstraße
	Bezirk Altona	von	bis
35	Bahrenfelder Kirchenweg	Von-Sauer-Straße	Friedensallee
36	Elbchaussee	Dockenhuder Straße	Blankeneser Hauptstraße
37	Parkstraße	Elbchaussee	Jungmannstraße
	Bezirk Eimsbüttel	von	bis
38	Alsterterrasse	Alsterufer	Mittelweg
39	Alsterufer	Alsterglaci	Harvestehuder Weg
40	Emil-Andresen-Straße		
41	Grindelhof *	Grindelallee	Rutschbahn
42	Hallerplatz *	Rutschbahn	Hallerstraße
43	Harvestehuder Weg	Alsterufer	Krugkoppel
44	Lohkoppelweg		
45	Neue Rabebstr.-Siegf.-Wedells-Pl.	Alsterglaci	Mittelweg
46	Schlankreye	Bogenstraße	Grindelberg
47	Warburgstraße	Alsterglaci	Alsterterrasse
	Bezirk Hamburg-Nord	von	bis
48	Gertigstraße	Mühlenkamp	Barmbeker Straße
49	Dithmarscher Straße	Stormarner Straße	Straßburger Straße
50	Flughafenstraße	Langenhorner Ch.	Ohkamp
51	Fuhlsbüttler Damm	Ratsmühlendamm	Röntgenstraße
52	Heilwigstraße (Sackgasse)	Südöstlich Frauenthal	
53	Heubergredder	Bebellallee	Alsterdorferstraße
54	Katharina-Jacob-Weg	Alsterkrugchaussee	Paeplowweg
55	Lessingstraße	Eilenau	Güntherstraße
56	Lupinenkamp		
57	Max-Nonne-Straße		
58	Rathbusch	Klotzenmoor	Weg Nr. 173

59	Weg Nr. 173	Rathbusch	Katharina-Jacob-Weg
60	Weg Nr. 174	Paeplowweg	Weg Nr. 173
61	Willistraße	Maria-Louisen-Straße	Sierichstraße
62	Wolffsonweg		
63	Zimmerstraße	Hofweg	Winterhuder Weg
	Bezirk Wandsbek	von	bis
64	Alsterredder	Saseler Mühlenweg	Saselbergweg
65	Alte Dorfstraße	Brunskrogweg	Ohlstedter Platz
66	Brunskrogweg	Alte Dorfstraße	Sthamerstraße
67	Busbrookhöhe	Berner Herrweg	Zamenhofweg
68	Claus-Ferck-Straße	Uppenhof	Im Alten Dorfe
69	Dorfwinkel	Im Alten Dorfe	Im Alten Dorfe
70	Farmsener Landstraße *	Halenreie	Claus-Ferck-Straße
71	Frahmredder	Stadtbahnstraße	Stormanplatz
72	Groten Hoff	Eulenkrogstraße	Uppenhof
73	Heestweg/Altrahlstedter Redder	sb Scharbeutzer Straße	
74	Im Alten Dorfe (Südabschnitt)	Claus-Ferck-Straße	Wiesenhöfen
75	Immenhorstweg	Bergstedter Chaussee	Birkenweg
76	Kupferteichweg	Harksheider Straße	Kiwittredder
77	Langenstücken	Frahmredder/Stormanplatz	Saseler Damm
78	Lottbeker Weg	Bergstedter Chaussee	Rügelsberg
79	Müssenredder	Ulzburger Straße	Tegelsberg
80	Ohlstedter Platz	Alte Dorfstraße	Hoisbütteler Straße
81	Rockenhof	Claus-Ferck-Straße	Schwimmbad
82	Rügelsberg	Wohldorfer Damm	Lottbektal
83	Schierenberg	Fasanenweg	Saseler Straße
84	Tegelweg	Am Luisenhof	Farmsener Höhe
85	Tegelweg	Farmsener Höhe	Rönkkoppel
86	Tegelweg *	Friedrich-Ebert-Damm	Eckerkoppel
87	Voßkuhlen	Pillauer Straße	Tilsiter Straße
88	Walddörferstraße *	Berner Heerweg	Am Stadtrand
89	Wolliner Straße	Bargeheider Straße	Oldenfelder Straße
90	Zamenhofweg	Busbrookhöhe	Bekassinenau
	Bezirk Bergedorf	von	bis

91	Neuengammer Hausdeich*	Heinrich-Stubbe-Weg	Odemanns-Heck
----	------------------------	---------------------	---------------

* Umbauten erforderlich

	Zurückgestellte Straßen		
1	Harburger Schloßstraße	Karnapp	Kanalplatz
2	Krieterstraße/Algermissenstraße	Neuenfelder Straße	Siedenfelder Weg
3	Lüttkamp	Elbgaustraße	Luruper Hauptstraße
4	Nettelburger Straße	Nettelburger Landweg	Randersweide
5	Sinstorfer Weg	Langenbeker Weg	Sinstorfer Kirchenweg

18.Mai 2011/bwvi18a

Der Hamburger Hafen ist klar auf Wachstumskurs Senator Frank Horch zu den neuesten Umschlagszahlen im Hafen

Der Hamburger Hafen ist weiterhin Motor der wirtschaftlichen Entwicklung am Standort Hamburg und in der Metropolregion. Das belegen eindrucksvoll die heute von der Hafen Hamburg Marketing e.V. vorgelegten Zahlen.

Danach erreicht der Hamburger Hafen im ersten Quartal 2011 im Containerumschlag ein überdurchschnittliches Wachstum. Ein Plus von 18,2 Prozent und damit ein deutlich höheres Ergebnis als Rotterdam und Antwerpen. Der Seegüterumschlag insgesamt erreichte ein Plus von 9,8 Prozent.

Wirtschaftssenator **Frank Horch** zeigte sich bei diesem Ergebnis hoch zufrieden: „Das Herz des Wirtschaftsstandortes Hamburg schlägt in unserem Hafen. Unser Ziel ist es, den Hafen als Universalhafen weiterzuentwickeln und sowohl für die Umschlagsunternehmen als auch für die Hafenindustrie die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen. Die aktuellen Zahlen belegen, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind. Daran werden wir mit Blick auf die Zukunft anknüpfen.“

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke, Pressestelle

Tel.: (040) 42841-2239

pressestelle@bwvi.hamburg.de

Im Internet: www.bwvi.hamburg.de

20. Mai 2011/bwvi20

Hamburg investiert in Infrastruktur und Verkehrssicherheit

1. Grundinstandsetzung der BAB A 1 südlich der Süderelbbrücke

Die BAB A 1 südlich der Süderelbbrücke befindet sich in einem sehr schlechten baulichen Zustand. In der Fahrbahn finden sich starke Netz-, Längs- und Querrisse und Spurrinnen. Um die Verkehrssicherheit uneingeschränkt zu gewährleisten, müssen neben der Fahrbahn auch die Schutzeinrichtungen, Markierungen, Entwässerungen und sonstige Straßenausstattungen dringend erneuert und dabei auf den neuesten technischen Stand gebracht werden.

Betroffen ist der Abschnitt in Richtung Süden/Bremen zwischen Süderelbbrücke und Landesgrenze Niedersachsen in einem Zeitraum vom **28. Mai 2011 bis Ende Oktober 2011**. Zeitlich und räumlich koordiniert findet zwischen Mai und Oktober 2011 die Instandsetzung von 5 Brückenbauwerken (inkl. der Süderelbbrücke) im Baubereich der A1 statt.

Die einzelnen Arbeitsabläufe sind mit engen Zeitvorgaben versehen. Das Zusammenspiel der unterschiedlichen Gewerke wird im Baugeschehen ständig optimiert und berücksichtigt verlängerte Arbeitszeiten an 6 Tagen in der Woche. Die für die Bauarbeiten erforderlichen Verkehrsabsicherungen werden in der verkehrsarmen Zeit eingerichtet, um den Verkehrsfluss so wenig wie möglich zu beeinträchtigen.

Auf der A1, **Richtung Norden** (Hamburg) wird am **Sa. 28. und So. 29. Mai 2011** ab 06.00 Uhr die Verkehrsführung eingerichtet.

Auf der A1, **Richtung Süden** (Bremen) wird am **Fr. 03. und Sa. 04. Juni 2011** ab 06.00 Uhr die Verkehrsführung eingerichtet.

Der Verkehr Richtung Norden wird mit 2 eingeschränkten Fahrstreifen unter Nutzung des Standstreifens auf der Richtungsfahrbahn Nord geführt. Der Verkehr Richtung Süden wird mit 2 eingeschränkten Fahrstreifen über die Gegenfahrbahn und einem eingeschränkten Fahrstreifen auf der Richtungsfahrbahn Süd geführt.

Die Fahrstreifen werden verschwenkt, es fällt nur ein Fahrstreifen weg.
--

2. Grundinstandsetzung der BAB A7 von Fleestedt bis zum Autobahndreieck Südwest

Die anstehenden Bauarbeiten ebenfalls zwischen dem **23. Mai und Ende Oktober 2011** umfassen die Grundinstandsetzung der A7 im o. g. Bereich und dienen der Verbesserung der

Verkehrssicherheit der durch viele Flickstellen und Spurrillen abgängigen Fahrbahn. Die erforderlichen Schutzeinrichtungen, Entwässerungen, Markierungen und Straßenausstattungen werden gleichzeitig auf den neuesten technischen Stand gebracht.

In der 1. Bauphase wird der Verkehr auf den Standstreifen und Hauptfahrstreifen verschwenkt, um im Mittelstreifen Arbeiten an der Entwässerung und den Schutzplanken durchzuführen, Mittelstreifenüberfahrten zu bauen sowie die Fahrbahn im Bereich der Brücken für die 2. Verkehrsphase zu verbreitern.

Auch hier gilt: Die einzelnen Arbeitsabläufe wurden mit engen Zeitvorgaben versehen. Das Zusammenspiel der unterschiedlichen Gewerke wird im Baugeschehen ständig optimiert und berücksichtigt verlängerte Arbeitszeiten an 6 Tagen in der Woche. Die für die Bauarbeiten erforderlichen Verkehrsabsicherungen werden in der verkehrsarmen Zeit eingerichtet, um den Verkehrsfluss so wenig wie möglich zu beeinträchtigen.

Auf der BAB A7 wird es insbesondere beim Aufbau der Verkehrsabsicherung , **am 23. und 24. Mai 2011 ab 06.00 Uhr** und dem Umbau in die Zweite Bauphase **am 12. Juni 2011 ab 06.00 Uhr** zu **Verkehrsbehinderungen** kommen.

Die Fahrstreifen werden verschwenkt, es werden alle Fahrstreifen für die Verkehrsteilnehmer erhalten.

Grundsätzlicher Hinweis:

Wie erkennbar benötigen solche Projekte einen längeren Zeitraum. Dafür kommt nur das Sommerhalbjahr in Betracht, denn aus Qualitätsgründen können Straßenbaumaßnahmen nicht im Winter durchgeführt werden. Daher muss die Zeit zwischen Mai und Oktober für beide Projekte gewählt werden. Der Umfang und damit die Dauer der Maßnahmen lassen ein anderes Vorgehen nicht zu.

Rückfragen: Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Susanne Meinecke, Pressestelle, Telefon: 040 42841 12239, susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de

20.Mai 2011/bwvi20a

Planungswerkstatt Lichtsignalanlagen

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) beabsichtigt, im September 2011 zum Thema Lichtsignalanlagen („Ampeln“) eine Planungswerkstatt zu veranstalten. Die Vorbereitung liegt im fachlich verantwortlichen Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG). Vertreter von Behörden werden mit Fachleuten aus der Wissenschaft und Interessenverbänden gemeinsam mit ortskundigen Bürgerinnen und Bürgern anhand konkreter Beispiele die Signalsteuerung an ausgewählten Kreuzungen daraufhin betrachten, ob dort jeweils Verbesserungen für alle Verkehrsteilnehmer möglich sind.

Die BWVI möchte die Nutzerinnen und Nutzer unterschiedlicher Verkehrsmittel mit ihren ebenso unterschiedlichen Erwartungen an einen Tisch bringen, um gemeinsam Möglichkeiten der Optimierung von Lichtsignalanlagen zu entwickeln. Bürgerinnen und Bürger kennen ihre jeweiligen Wege in der Stadt am besten und können Hinweise geben, wo eventuell noch Verbesserungspotential vorhanden ist. Sie sollen die Möglichkeit bekommen, aktiv an der Planungswerkstatt mitzuwirken und werden daher bereits im Vorfeld die Auswahl der zu behandelnden Ampeln im Verkehrsnetz selbst treffen.

Um die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der LSA-Planungswerkstatt umfassend und auch unabhängig zu informieren, ist vorgesehen, dass auch externe Fachleute (z. B. von Hochschulen und Universitäten oder aus anderen Städten) kompetent mit ihrem Wissen für Fragen und Anregungen zur Verfügung stehen. Zusätzlich werden Vertreter aus den einschlägigen Fachverbänden eingeladen, um für alle Verkehrsarten „Anwälte“ in die Diskussion einbringen zu können.

Wir wollen eine Debatte zwischen betroffenen Bürgern, Interessenverbänden und Fachleuten in Gang bringen. Ampeln regeln den Verkehr für alle Bewohner und Gäste Hamburgs, die mit dem Rad, dem Bus, dem Auto oder zu Fuß unterwegs sind. Diese unterschiedlichen Interessenlagen gilt es „unter einen Hut zu bringen“, zumal der durchschnittliche Verkehrsteilnehmer sein Verkehrsmittel mehrfach am Tag wechselt.

Doch wie läuft der Prozess in Hamburg ab, um für Alle tragbare Kompromisse zu finden und gibt es noch weitere Verbesserungsmöglichkeiten? Antworten auf diese Fragen möchte die BWVI gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeiten und dabei Verständnis für die Komplexität dieses Prozesses wecken

Eine erfolgreiche Veranstaltung hängt besonders von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Hamburgs ab. Wir freuen uns über jeden Vorschlag, auch wenn wir nicht bei der geplanten

Veranstaltung nicht alle diskutieren können. Die Auswahl der zu behandelnden Kreuzungen wird transparent und nachvollziehbar sein.

Nähere Informationen erhalten Sie unter www.lsbq.hamburg.de. Hier können Sie sich auch anmelden. Weiter liegen die Flyer für die Anmeldung in allen Bezirken und in der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation aus.

Rückfragen: Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Susanne Meinecke, Pressestelle

Tel.: (040) 42841-2239 pressestelle@bbwvi.hamburg.de

18. Mai 2011/bgv18

Finanzierung stationärer Wohn-Pflege-Gemeinschaften für pflegebedürftige Seniorinnen und Senioren gesichert

Zwischen dem Träger einer Wohneinrichtung, den Hamburger Pflegekassen und dem Sozialhilfeträger Hamburg ist mit der Unterstützung des Vorsitzenden der Pflegeversicherungs-Schiedsstelle, Prof. Dr. Karl-Jürgen Bieback, jetzt eine Einigung zur Finanzierung von zwei stationären Wohn-Pflege-Gemeinschaften mit je zwölf Bewohnerinnen und Bewohnern gelungen. „Die Betreuung von Demenzkranken in stationären Wohn-Pflege-Gemeinschaften ist eine gute Alternative zur häuslichen Pflege. Die gemeinsam entwickelten fachlichen Qualitätsanforderungen wurden jetzt in verlässliche Rahmenbedingungen umgesetzt“, so Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks. „Ich freue mich, dass wir mit den verantwortlichen Trägern diesbezüglich eine gütliche Einigung erzielt haben.“

Stefan Rehm, Vorstand des Diakonischen Werks Hamburg: „Die Betreuung von Menschen mit Demenz stellt besondere Anforderungen an die Einrichtungen. Zusätzliches Personal ist daher notwendig. Dies konnte nach langen Verhandlungen jetzt endlich durchgesetzt werden.“

Wilfried Jacobs, Vorstandsvorsitzender der AOK Rheinland/ Hamburg, die die gesetzlichen Pflegekassen in den Gesprächen federführend vertreten hat: „Wir stehen in der Pflege auch in Hamburg vor großen Herausforderungen. Da ist es sinnvoll, innovative Maßnahmen auszuprobieren.“

Nach dem Pflegeversicherungsgesetz regeln die Vertragspartner in den Ländern mit entsprechenden Verträgen, nach welchen Grundsätzen und mit welcher Personalausstattung die Betreiber von stationären Pflegeeinrichtungen die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen sicherstellen. Nach längeren Verhandlungen ist den Vertragspartnern der Durchbruch zu einer einvernehmlichen zusätzlichen Personalausstattung in stationären Wohn-Pflege-Gemeinschaften für pflegebedürftige Seniorinnen und Senioren gelungen. Das bedeutet, dass rückwirkend zum 1. Januar 2011 über die übliche Personalausstattung in der stationären Pflege hinaus für jeweils zwölf Personen eine zusätzliche Personalstelle für die an eigener Häuslichkeit ausgerichtete Betreuung im Heimentgelt finanziert wird. Die Betreuung in einer solchen Wohn-Pflege-Gemeinschaft ist damit monatlich um rund 250 Euro teurer als die reguläre vollstationäre Pflege im selben Haus.

Zum Hintergrund

Zur Wohn- und Lebensqualität im Alter zählen für Demenzkranke oder Menschen mit körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen insbesondere soziale Kontakte, Geborgenheit, Anregung sowie bedarfsgerechte Betreuung und Pflege. Die meisten pflegebedürftigen Menschen in Hamburg werden in diesem Sinn aktuell von Angehörigen und ambulanten Pflegediensten zu Hause betreut.

Sofern dies aber nicht mehr möglich ist, werden vor allem Angebote gesucht, die die Kontinuität im Leben der pflegebedürftigen Menschen sichern. Das sind Angebote, die auf die Bedürfnisse und Gewohnheiten, auf die Lebensgeschichte und die Persönlichkeit eingehen und den Betroffenen soziale Teilhabe und Selbstbestimmung sichern.

Seit einigen Jahren gibt es in steigender Zahl Wohn-Pflege-Gemeinschaften die diese Anforderungen in besonderer Weise umsetzen. Diese Gemeinschaften basieren auf speziellen Grundprinzipien: Das Leben findet in einer überschaubaren familienähnlichen Gruppe in einem gemeinsamen Haushalt statt. Betreuung und Pflege werden durch feste Teams gesichert. Die Mitglieder gestalten mit Unterstützung der Einrichtung einen gemeinsamen Wohnalltag um persönliche Beziehungen und soziale Geborgenheit entstehen zu lassen. In der Wohn-Pflege-Gemeinschaft leben bis zu 10 bzw. 12 pflegebedürftige Menschen. Sie verfügen dort über private Zimmer und gemeinschaftlich genutzte Räume. Gemeinsames Einkaufen, Kochen, Spazieren gehen oder andere Freizeitaktivitäten gehören zum Wohnalltag. Je nach Bedürfnis, Wunsch und Möglichkeiten können sich die Mitglieder beteiligen oder in ihre Privatsphäre zurückziehen.

In Hamburg werden Wohn-Pflege-Gemeinschaften auf der Grundlage des Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz in zwei Angebotsformen unterschieden: (ambulante) Angebote, in der Verantwortung der Mieter bzw. deren Angehörigen oder gesetzlichen Betreuer sowie (stationäre) Angebote, die in der Verantwortung eines Trägers liegen und in der Regel Bestandteil von Wohneinrichtungen (Pflegeheimen) sind.

Nähere Informationen, auch zu freien Plätzen in Wohn-Pflege-Gemeinschaften, sind im Internet unter www.pflege-wgs-hamburg.de zu finden.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

19. Mai 2011/bgv19

Bestnoten für Hamburger Kontrollstellen

EU bescheinigt nach Inspektion hohen Standard - Erfolgreicher Start der Trainingsveranstaltungen für Grenzkontrollveterinäre in Hamburg

Das Veterinär- und Einfuhramt der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz in Hamburg arbeitet auf hohem Niveau. Das bescheinigt auch eine untersuchende Kommission der EU, die Grenzkontrollstellen im Hamburger Hafen und am Flughafen besucht hat. „Wir wissen, dass wir in Hamburg über moderne Kontrollzentren verfügen. Damit gewährleisten wir den bestmöglichen Schutz für Verbraucherinnen und Verbraucher“, so Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks. „Aber es macht uns natürlich stolz, dass die EU-Experten uns bescheinigen, dass wir in der EU diesbezüglich einen neuen Maßstab setzen.“ Die Gegebenheiten in Hamburg waren auch einer der Gründe für die EU Hamburg als Trainings- und Ausbildungsort für Veterinäre anderer Grenzkontrollstellen zu wählen.

Das Food and Veterinary Office (FVO) der EU Kommission hatte im Februar diverse Grenzkontrollstellen in Deutschland im Rahmen eines Kontrollbesuches inspiziert. Ziel war es, die Anwendung der EU-Bestimmungen für die Ein- und Durchfuhrkontrollen von tierischen Erzeugnissen und lebenden Tieren auf zentraler und lokaler Ebene in Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zu überprüfen. Neben einer detaillierten Inspektion der Grenzkontrollstellen und deren Kontrollverfahren selbst, schloss die Prüfung auch die Organisation der Kontroll- und Verifizierungsverfahren der zuständigen obersten Landesbehörden ein.

Den Kontrollzentren des Veterinär- und Einfuhramtes im Hamburger Hafen wurden im jetzt vorliegenden Bericht von der Kommission Bestnoten verliehen. Das FVO stellte fest, dass der sehr hohe Standard der Infrastruktur und Ausrüstung der Inspektionseinrichtungen nicht nur den EU-Anforderungen an die derzeitigen Zulassungskategorien in vollem Umfang entspricht, sondern darüber hinaus auch einen neuen Maßstab für Grenzkontrollstelleinrichtungen gesetzt hat.

Von diesem Standard profitierten Anfang Mai auch die Teilnehmer einer Trainingsveranstaltung der EU-Kommission für an Hafengrenzkontrollstellen tätige Tierärzte, die im Kontrollzentrum Reiherdamm und im Institut für Hygiene und Umwelt stattfand. Neben Vorträgen zur aktuellen EU-Gesetzgebung und zu Einfuhrkontrollverfahren wurde in praktischen Workshops die Einfuhrüberwachung von Erzeugnissen tierischen Ursprungs vermittelt. Im Hamburger Hafen wurde zudem die Containerprüfanlage am Zollamt Waltershof sowie eine Hamburger Schiffsausrüsterfirma besichtigt.

Über 50 Besucher aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und aus anderen europäischen Ländern, aber auch aus Marokko, Algerien und Saudi-Arabien, nahmen an den Schulungen teil. Im Jahresverlauf werden drei weitere Trainingsveranstaltungen folgen.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt, Tel.: 42837 - 2332,
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

19. Mai 2011/bgv19a

"JA zum Alter!" – Der 10. Deutsche Seniorentag findet 2012 in Hamburg statt



Der Deutsche Seniorentag findet zum ersten Mal in seiner 25jährigen Geschichte vom 3. bis 5. Mai 2012 in Hamburg statt. Die meisten der etwa 100 Einzelveranstaltungen werden, ebenso wie die begleitende Messe SenNova, im Congress Center Hamburg ausgerichtet. Ein Jahr vor Veranstaltungsbeginn lud der Veranstalter, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO), gemeinsam mit der Freien und Hansestadt Hamburg ins Hamburger Rathaus ein. 130 Vertreterinnen und Vertreter aus Seniorenverbänden, Vereinen und Organisationen aus Hamburg und Umgebung folgten der Einladung, um sich über Planungsstand und Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren.

Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg, freut sich, dass die Stadt als Gastgeber fungieren darf. „Der Deutsche Seniorentag ist eine Veranstaltung mit großer Tradition. Es ein erfreuliches Signal, dass er im kommenden Jahr in Hamburg stattfindet. Generationenfreundlichkeit ist in vielen Bereichen für uns ein wichtiges Thema. Wir werden die Veranstaltungen rund um den Deutschen Seniorentag im Zusammenspiel mit den unterschiedlichen Trägern nutzen, um die Bedeutung des Themas und unsere Seniorenpolitik darzustellen. Hamburg ist eine moderne Stadt und wir sind entschlossen, die Herausforderungen des demografischen Wandels anzugehen und die sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen.“

„Vom 10. Deutschen Seniorentag wird die Botschaft ausgehen: Wir nehmen das Älterwerden in seiner Vielfältigkeit an, mit seinen Möglichkeiten und Chancen, aber auch mit seinen Grenzen. Wir brauchen keine Anti-Aging-Bewegung, wir stehen zu unserem Alter und setzen uns für ein gesundes, kompetentes und bewegtes Altern ein“, so **die Vorsitzende der BAGSO, die Alterswissenschaftlerin und ehemalige Bundesfamilienministerin Ursula Lehr**.

Die Großveranstaltung findet alle drei Jahre – ähnlich wie die Kirchentage – an einem anderen Ort statt. Sie bietet nicht nur etwas für diejenigen, die sich haupt- und ehrenamtlich in der Seniorenarbeit engagieren, sondern für alle, die das Älterwerden nicht verdrängen, sondern sich mit Fragen der gesundheitlichen Vorsorge, des Wohnens im Alter oder der Betreuung und Pflege von Angehörigen auseinandersetzen.

Rund 100 Einzelveranstaltungen und ein großer Messebereich mit attraktiven Ständen und einem abwechslungsreichen Bühnenprogramm ermöglichen Information und Austausch. Viele „Mitmach-Angebote“ geben Gelegenheit, etwas für die körperliche und geistige Fitness zu tun.

Schirmherr ist Bundespräsident Christian Wulff, der die Jubiläumsveranstaltung voraussichtlich am Vormittag des 3. Mai 2012 eröffnen wird.

Unterstützt wird der 10. Deutsche Seniorentag von dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie der Freien und Hansestadt Hamburg. Kooperationspartner ist die Körber-Stiftung, die die „Potenziale des Alters“ zu ihrem Schwerpunktthema im Jahr 2012 macht.

Rückfragen der Medien:

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen **e.V. (BAGSO)**

Pressereferat – Ursula Lenz

Bonngasse 10, 53111 Bonn;

E-Mail: lenz@bagso.de oder dst@bagso.de

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

19. Mai 2011/bgv19b

Niemand muss auf dem Spielplatz rauchen

Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks unterstützt Initiative zum Rauch- und Alkoholverbot auf Spielplätzen

„Kinder und Jugendliche bedürfen eines besonderen Schutzes vor den Gefahren des Rauchens oder auch des Alkoholkonsums“, so Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks. „Dabei geht es nicht nur um direkte Einwirkungen, wie z.B. durch das Passivrauchen. Es geht auch darum, Kindern gute Vorbilder zu liefern und sie vor schlechten zu schützen. Aus diesem Grund unterstütze ich die Anträge für ein Rauch- und Alkoholverbot auf Spielplätzen. Denn niemand muss gerade auf einem Spielplatz rauchen oder Alkohol konsumieren.“

Im Hamburgischen Passivraucherschutzgesetz ist in erster Linie das Rauchverbot in geschlossenen Räumen geregelt und nicht ein Rauchverbot auf Flächen unter freiem Himmel. Aus Sicht der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz bestände eine Möglichkeit zur Regelung darin, wenn ein generelles Alkohol- und Rauchverbot in die Verordnung zum Schutz der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen aufgenommen werden könnte. Senatorin Prüfer-Storcks hat diesbezüglich bereits Kontakt mit Jutta Blankau, Senatorin der zuständigen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt aufgenommen.

„Auch wenn sich ein solches Rauchverbot vermutlich nicht lückenlos überwachen lässt, so wird dadurch jedoch unmissverständlich klargestellt, dass Rauchen und Trinken auf Kinderspielplätzen kein akzeptiertes Verhalten ist“, so Prüfer-Storcks.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

19. Mai 2011/bgv19c

Mehr Transparenz für Verbraucher

Wichtige Entscheidungen der Sonder-Verbraucherschutzminister zur Veröffentlichung der Ergebnisse der amtlichen Hygienekontrollen

Die heute in Bremen zu Ende gegangene Sonder-Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) hat aus Hamburger Sicht einen wichtigen Richtungsentscheid für mehr Transparenz der Kontrollen lebensmittelverarbeitender Betriebe gebracht. Mit deutlicher Mehrheit wurde beschlossen, dass die Ergebnisse der Betriebskontrollen der amtlichen Lebensmittelüberwachung künftig durch den Aushang eines Kontrollbarometers - im Farbverlauf von grün bis rot - in den Betrieben deutlich gemacht werden müssen.

„Wir wollen zum einen Transparenz für Verbraucher, zum anderen den Betrieben einen Anreiz für hohe Hygienestandards bieten“, so **Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Nach unseren bisherigen Erkenntnissen und Einschätzungen wird der größte Teil der Betriebe, etwa 90 Prozent, im grünen Bereich des Kontrollbarometers liegen. Wir wollen aber durch die Transparenz der Ergebnisse auch die schwarzen Schafe identifizieren, die durch die bisherige Intransparenz geschützt werden.“

Nach dem Beschluss der VSMK ergeht nun ein Antrag an das **Bundesministerium** für Ernährung, Landwirtschaft und **Verbraucherschutz** für eine entsprechende rechtliche Grundlage zu sorgen. Danach soll das System, möglichst ab 2012, nach Betriebsgruppen gestaffelt bundesweit eingeführt werden. In einem ersten Schritt würden Gaststätten und Restaurants die Aushänge erhalten, dann würden nach Bäckereien und Metzgereien Kantinen, der Einzelhandel und schließlich Wochenmärkte folgen.

„Verbraucher werden sich schnell an das gut verständliche und sachliche Kontrollbarometer gewöhnen“, so **Prüfer-Storcks**. „Dadurch, dass nicht nur das letzte Ergebnis der Kontrollen, sondern auch die vorherigen drei Ergebnisse abgebildet werden, lässt sich auch eine Entwicklung ablesen. Die Verbraucher können eine Entwicklung sehen und erkennen, ob ein eventuell schlechtes Ergebnis nur ein einmaliger Ausreißer war.“

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt, Tel.: 42837 - 2332,
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

20. Mai 2011/bgv20

Flirtfalle Internet?

Verbraucherschutzbehörde klärt über Risiken und Möglichkeiten bei der Nutzung von Online-Kontaktbörsen auf

Egal ob es um soziale und berufliche Kontakte geht oder darum, den Partner fürs Leben zu finden: Online-Portale und Kontaktbörsen sind in. Doch wie steht es um die Datensicherheit? Was muss ich angeben und was sollte ich besser verschweigen? Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) hat sich diesen Themen angenommen und gibt Tipps und Hinweise in einem Informationspapier.

Der Gebrauch des Internets ist für die meisten Menschen längst zum Alltag geworden. Auch um soziale Kontakte zu knüpfen, etwa auf der Suche nach Freunden oder bei der Partnersuche, hat die virtuelle Welt einen hohen Stellenwert erlangt. Auch wirtschaftlich sind Online-Kontaktbörsen oder Flirtportale im letzten Jahr mit einem Gesamtumsatz von rund 185 Mio. Euro stark gewachsen. Dabei werden die Risiken des Gebrauchs der Portale von Nutzern immer wieder unterschätzt oder Informationen sorglos preisgegeben. Verbraucherverbände und –institutionen klagen zudem immer wieder über Mängel und unzulässige Klauseln in den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Betreiber sowie über Verstöße gegen Datenschutzbestimmungen.

Doch welche Kontaktbörse ist die richtige für mich? Wer geht sorgsam mit meinen Daten um? Auf was sollte ich beim Abschluss einer Mitgliedschaft achten, damit das Onlinevergnügen nicht zu teuer wird oder zu bösen Überraschungen führt? „Interessierte Verbraucherinnen und Verbraucher sollten sich vor Abschluss einer Mitgliedschaft die Zeit nehmen, sorgfältig ein passendes Portal auszuwählen“, so **Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Ein unbedachter Klick kann schnell teuer werden. Deshalb gilt es, die allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie die Datenschutzbestimmungen kritisch zu hinterfragen und sorgsam mit den eigenen Daten und Angaben umzugehen.“

Die BGV hat zu dem Thema ein Informationspapier zusammen gestellt, das die Verbraucherinnen und Verbraucher über die Risiken bei der Nutzung von Online-Kontaktbörsen aufmerksam machen soll. Es enthält u.a. Tipps, worauf jeder beim Abschluss einer Mitgliedschaft und bei der Nutzung der Portale achten sollte. Das Informationspapier steht im Internet unter <http://www.hamburg.de/kundenschutz/handel> zur Verfügung.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt, Tel.: 42837 - 2332,

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

17. Mai 2011/bjg17

Internationaler Tag gegen Homophobie: Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek eröffnet Rainbowflash

Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek eröffnet heute um 19 Uhr auf dem Rathausmarkt den Rainbowflash anlässlich des Internationalen Tags gegen Homophobie. Luftballons mit Botschaften sollen ein Zeichen gegen Intoleranz und Homophobie setzen.

„Die Unterstützerinnen und Unterstützer des Rainbowflash setzen mit ihrem Engagement ein wichtiges Zeichen gegen Homophobie und gegen die Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Transgender“, erklärt **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

„In Hamburg ist die eingetragene Lebenspartnerschaft vollständig mit der Ehe gleichgestellt. Wir setzen uns auch auf Bundesebene dafür ein, dass niemand wegen der sexuellen Orientierung benachteiligt wird. Der Senat will im Bundesrat erreichen, dass eingetragene Lebenspartnerschaften im Einkommensteuerrecht und bei Adoptionen mit der Ehe gleichgestellt werden. Außerdem setzt sich der Senat im Bundesrat dafür ein, dass der Artikel 3 des Grundgesetzes um die sexuelle Identität erweitert wird. Die Justizbehörde trägt mit der Umbenennung in Behörde für Justiz und Gleichstellung unseren Anspruch auf Toleranz und Gleichstellung nun im Namen“, so **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

Der Rainbow-Flashmob wird vom Lesben- und Schwulenverband (LSVD) veranstaltet und von Parteien, Organisationen und Initiativen unterstützt. Am Internationalen Tag gegen Homophobie lassen Menschen in aller Welt Ballons mit Wünschen für eine tolerante Welt ohne Homophobie steigen. Der Internationale Tag gegen Homophobie geht zurück auf den 17. Mai 1990, als die Weltgesundheitsorganisation Homosexualität aus dem medizinischen Verzeichnis psychischer Erkrankungen gestrichen hat.

Kontakt:

Pia Kohorst, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

18. Mai 2011/bjg18

Justizministerkonferenz in Halle: SPD-geführte Länder bringen Alternativvorschlag zur Neuregelung des Sorgerechts nicht miteinander verheirateter Eltern ein.

Die Justizministerkonferenz in Halle hat sich mit der Frage beschäftigt, wie zukünftig das Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern gesetzlich geregelt werden soll. Einigkeit besteht darin, dass das Kindeswohl im Zentrum der gesetzlichen Neuregelung stehen muss. „Eine gemeinsame Sorgeerklärung der nicht miteinander verheirateten Eltern – die jetzt bereits möglich ist – bietet das beste Fundament für eine am Wohl des Kindes orientierte einvernehmliche Wahrnehmung der elterlichen Sorge“, so die Ressortchefs der Länderjustizministerien. Streit besteht jedoch zwischen CDU und FDP über die Frage, wie die Interessen der Eltern in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden können, wenn sie selber nicht zu einer einvernehmlichen Lösung kommen. Deshalb hat die Justizministerkonferenz den Beschlussvorschlag bewusst offen formuliert.

Die SPD-Justizministerinnen und -Justizminister haben einen Alternativvorschlag vorgestellt, der die berechtigten Interessen beider Elternteile wahrt und deshalb in die Diskussion eingebracht werden soll.

Dazu **Justizsenatorin Jana Schiedek**: „Das Wohl des Kindes steht an erster Stelle. Die SPD-geführten Länder haben einen Vorschlag für eine praxisnahe Lösung im Sinne der Betroffenen gemacht. Nun ist Bundesjustizministerium Sabine Leutheusser-Schnarrenberger am Zug, einen Regelungsvorschlag vorzulegen.“

Prof. Dr. Angela Kolb, Sachsen-Anhalts Justizministerin und Gastgeberin der Konferenz: „Im Grundsatz befürworten wir das Antragsprinzip, d.h. der Mutter steht nach der Geburt die elterliche Sorge zu und der Vater hat die Möglichkeit, einen Sorgeantrag zu stellen, wenn er die elterliche Sorge ebenfalls ausüben möchte. Wir möchten den Vätern jedoch nicht zumuten, sogleich das Familiengericht anzurufen, sofern sie auch das Sorgerecht für ihre Kinder haben möchten. Deshalb schlagen wir eine Vermittlung zwischen den Eltern durch das Jugendamt vor, bevor eine Sorgerechtsstreitigkeit zu Gericht gelangt.“

In der Praxis könnte das so aussehen, dass der Vater den Sorgeantrag beim Jugendamt stellt, dieses die Mutter hierzu anhört und versucht, zwischen den Eltern zu vermitteln. Gelingt die Vermittlung nicht, d.h. steht am Ende der Bemühungen des Jugendamts keine gemeinsame Sorgeerklärung, informiert das Jugendamt das Familiengericht, welches dann eine am Kindeswohl ausgerichtete Sorgerechtsentscheidung treffen kann.

Kontakt:

Pia Kohorst, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel. 0172 4327953, E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

19. Mai 2011/bjg19

Konferenz der Justizministerinnen und -minister in Halle

Anlässlich der Konferenz der Justizministerinnen und -minister, die am 18. und 19. Mai in Halle tagte, erklärt **Justizsenatorin Jana Schiedek**: „Die Justizministerinnen und -minister haben sich im konstruktiven Dialog über rechtspolitische Fragen ausgetauscht und Beschlüsse zu Sicherungsverwahrung, elektronischer Fußfessel, Frauen in Führungspositionen, Fluggastdaten, Arbeitnehmerdatenschutz und Besetzungsreduktion bei den Großen Straf- und Jugendkammern gefasst. Mein Dank geht an das diesjährige Gastgeberland Sachsen-Anhalt für hervorragende Organisation und Gastfreundschaft.“

Sicherungsverwahrung: Bundesländer beteiligen sich an der Erarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Neuausrichtung

„Die Justizministerinnen und -minister werden die Arbeiten der Bundesregierung an einem Gesetzentwurf eng begleiten. Die Länder haben einheitlich klar Stellung bezogen und ihre Vorstellungen für eine Neuregelung der Sicherungsverwahrung bereits formuliert. Nun liegt es an der Bundesregierung, ihrerseits Leitlinien zu entwickeln“, so **Justizsenatorin Jana Schiedek**. Die Justizministerinnen und -minister bitten Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, bis spätestens 31. August 2011 Eckpunkte zu entwickeln, wie die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen sind.

„Von der Bundesregierung erwarten wir, dass die ernst zu nehmenden Sorgen der Bürgerinnen und Bürger um die Sicherheit angemessen aufgegriffen werden. Das Bundesverfassungsgericht sieht die Reform der Sicherungsverwahrung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Der Bund soll daher Vorschläge machen, wie er sich an den Kosten dieser Aufgabe beteiligt“, so **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

Eine Arbeitsgruppe der Konferenz der Justizministerinnen und -minister wird die gesetzlichen Grundlagen zur Neuregelung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung erarbeiten. Die Bundesregierung muss dafür die Leitlinien festlegen. Eine länderübergreifende Arbeitsgruppe hatte unter Beteiligung Hamburgs am 30. November 2010 einen Kriterienkatalog für die Neuausrichtung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung vorgelegt. Die Justizbehörde geht derzeit davon aus, dass

die Empfehlungen der Arbeitsgruppe mit der Anfang dieses Jahres neu eröffneten Abteilung für Sicherungsverwahrte in Fuhlsbüttel bereits weitgehend umgesetzt sind.

Elektronische Fußfessel

„Wir wollen die Überwachung mit elektronischer Fußfessel in Hamburg einführen, sobald die technischen und rechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Das wird bundesweit voraussichtlich zum Jahreswechsel der Fall sein. Wir arbeiten daran, den dafür erforderlichen Staatsvertrag in Kürze zu unterzeichnen“, so **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

Die Justizministerinnen und -minister unterstützen den Vorschlag, in Hessen ein zentrales Datenkontrollzentrum für alle Bundesländer einzurichten. Die angestrebte Beteiligung Hamburgs an dieser Einrichtung soll durch einen Staatsvertrag geregelt werden, für den eine Zustimmung der Bürgerschaft erforderlich ist.

Mehr Frauen in Führungspositionen

„Wir brauchen eine klare gesetzliche Regelung für mehr Frauen in Führungspositionen. Ich begrüße, dass sich die Mehrheit der Justizministerinnen und -minister dieser Forderung angeschlossen hat. Nur mit einer verbindlichen gesetzlichen Quote erreichen wir, dass mehr Frauen ihren Platz in den Führungsetagen einnehmen können. Zielmarke ist eine Quote von 40 Prozent. Die Erfahrung der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass Selbstverpflichtungen nicht mehr sind, als heiße Luft“, meint **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

Der Anteil der Frauen in Führungspositionen großer deutscher Unternehmen ist mit weniger als drei Prozent in Vorständen und weniger als vier Prozent auf der Arbeitgeberseite der Aufsichtsräte beschämend gering. Deutschland hinkt im internationalen Vergleich und im Vergleich mit anderen EU-Ländern hinterher.

EU-Richtlinie zu Fluggastdaten

„Es ist nicht erkennbar, welchen Mehrwert noch mehr gespeicherte Fluggastdaten haben sollen. Eine solche Überwachung der Bürgerinnen und Bürger ohne Anlass und Verdacht widerspricht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung personenbezogener Daten“, so **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

In ihrem Beschluss fordern die Justizministerinnen und -minister die Bundesregierung auf, sich bei den Verhandlungen im Ministerrat für datenschutzrechtliche Verbesserungen des EU-Richtlinienvorschlags einzusetzen. Die Justizministerinnen und -minister sind mehrheitlich der Auffassung, dass eine massive Ausweitung der Speicherung von Fluggastdaten, insbesondere

innereuropäischer Flüge, nicht dienlich ist, um terroristische Straftaten und schwere Kriminalität in nennenswertem Umfang und unter Einhaltung der Verhältnismäßigkeit zu verhüten, aufzudecken, aufzuklären und strafrechtlich zu verfolgen.

Arbeitnehmerdatenschutz

„Für einen echten Schutz der Daten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern brauchen wir verbindliche gesetzliche Regelungen“, so **Justizsenatorin Jana Schiedek**. Die Justizministerinnen und -minister begrüßen den Gesetzentwurf der Bundesregierung, mit dem umfassende Regelungen für den Beschäftigtenschutz geschaffen werden sollen. Sie fordern auf Initiative Hamburgs, den Entwurf zu ergänzen: Arbeitgeber müssen die Beschäftigten verpflichtend informieren, welche Daten erhoben und gespeichert werden. Darüber hinaus müssen anlasslose Screening-Verfahren ausgeschlossen werden, bei privater Nutzung von Telekommunikation dürfen nicht unzulässig Daten erhoben werden, der Konzerndatenschutz muss Daten von Beschäftigten im internationalen Datenverkehr schützen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich ohne Zustimmung des Arbeitgebers an die für Datenschutz zuständigen Aufsichtsbehörden wenden können.

Besetzungsreduktion bei den Großen Straf- und Jugendkammern

Justizsenatorin Jana Schiedek hat das Thema Besetzungsreduktion bei den Großen Jugend- und Strafkammern auf die Tagesordnung gebracht. Den Großen Straf- und Jugendkammern wurde durch das Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege vom 11. Januar 1993 ermöglicht, in reduzierter Besetzung mit zwei statt mit drei Berufsrichtern zu entscheiden. Die Regelung läuft nach aktuellem Stand am 31. Dezember 2011 aus. Der ersatzlose Wegfall der Besetzungsreduktion würde erhebliche zusätzliche Belastungen der Landgerichte bedeuten. „Ich begrüße, dass sich die Kolleginnen und Kollegen der Initiative Hamburgs anschließen und dass Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zugesagt hat, zügig einen Gesetzesvorschlag vorzulegen“, so **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

Kontakt:

Pia Kohorst, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

17. Mai 2011/bsb17

Mit Sprache zum Erfolg: Schlüsselkompetenz Sprache

48 Veranstaltungen und mehr als 60 Referenten: Am 20. und 21. Mai findet im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) die 2. Sprachfördertagung „Schlüsselkompetenz Sprache - Durchgängige Sprachbildung“ statt. Mehr als 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland haben sich angesagt, um Einblick in die neueste fachdidaktische Diskussion zum Thema Sprachbildung zu erhalten. In Good-Practice-Workshops stellen Hamburger Pädagoginnen und Pädagogen zahlreiche erprobte Ideen vor. Eine Podiumsdiskussion und ein Marktplatz mit Verlagen und vielen außerschulischen Partnern runden das Angebot der Tagung ab.

Alle großen Studien zum Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern zeigen, dass der Schlüssel zum Schulerfolg in der Beherrschung der deutschen Sprache im Unterricht liegt. Hamburg hat deshalb ein umfassendes und verbindliches Sprachförderkonzept für alle allgemeinbildenden Schulen eingeführt. Die Förderung setzt bei Bedarf bereits in der Vorschule ein und wird bis zur 10. Klasse fortgesetzt. Zusätzlich soll jeder Fachunterricht auch Sprachförderunterricht sein. Sprachförderkoordinatoren gibt es an allen Schulen - und damit vor Ort eine für die Sprachbildung verantwortliche Person.

Renommierte Sprachbildungs-Forscher, Praktiker aus den Hamburger Schulen, Verlage und viele außerschulische Partner - die 2. Sprachfördertagung am Landesinstitut bietet interessierten Lehrkräften einen breiten theoretischen Hintergrund, zeigt zahlreiche praktische Umsetzungsmöglichkeiten. Zugleich ist sie auch ein Spiegel des Hamburger Sprachförderkonzeptes.

Kontakt:

Jörg Gensel

Kundenkommunikation

Tel: (040) 428842-310

E-Mail: joerg.gensel@li-hamburg.de, Internet www.li-hamburg.de

Für Rückfragen der Medien

Peter Albrecht, Pressesprecher

Behörde für Schule und Berufsbildung;

Tel: (040) 42863-2003

E-Mail: Peter.Albrecht@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

31. Mai 2011/bsb18

Landeszentrale für politische Bildung bietet Fortbildung für neue Mitglieder der Hamburger Bezirksversammlungen an

Für die im Februar dieses Jahres parallel zur Bürgerschaft von den Hamburger Bürgerinnen und Bürgern gewählten Mitglieder der Bezirksversammlungen bietet die Landeszentrale für politische Bildung derzeit Fortbildungen an.

Im Rahmen von insgesamt sechs Seminarterminen erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer viele wichtige Informationen rund um die rechtliche und organisatorische Stellung der Bezirke. Ziel der Tagesseminare ist, so das Leitungsteam der Landeszentrale, Dr. Sabine Bamberger-Stemmann und Dr. Rita Bake, den Mitgliedern der Bezirksvertretungen die Möglichkeit zu geben, sich nach dem Besuch der Fortbildung noch effektiver, zielorientierter und fachkompetenter in ihre Arbeit für und mit dem Bezirk einbringen zu können. Bereits in den vorherigen Wahljahren waren die Schulungen in diesem Zusammenhang sehr erfolgreich.

Welche Rolle spielen die sieben Bezirksämter in der Hamburgischen Verwaltung? Welche Funktion, Rechte und Pflichten haben Bezirksversammlungen und Bezirksämter? Welche haushaltsrechtlichen Befugnisse haben die Mitglieder der Bezirksversammlung? Diesen und weiteren Fragen werden die Referenten Tom Oelrichs und Anke Huß in ihrem Tagungsprogramm auf den Grund gehen. Zusätzlich informieren die Bezirksämter selbst noch über die ganz individuellen, regionalen Besonderheiten „ihres“ jeweiligen Bezirks.

Die Landeszentrale für politische Bildung freut sich sehr über die rege Teilnahme und dankt den Bezirksämtern für deren Unterstützung des Schulungsprojektes.

Unterlagen zu den Schulungen sind auch im Internet unter www.hamburg.de/downloads-bezirksabgeordnete/ abrufbar.

Für Rückfragen der Medien:

Dr. Rita Bake, Tel. 040 / 4 28 23 48 04, E-Mail: rita.bake@bsb.hamburg.de

Annika Fritzsche, Tel. 040 / 4 28 23 48 08, E-Mail: annika.fritzsche@bsb.hamburg.de

20. Mai 2011/bsb20

Irrtümlich verfrühte Prüfungsabnahme und illegale Bekanntmachung von Prüfungsaufgaben – Neue Prüfungstermine angesetzt

An einer Handelsschule sind die Abschlussprüfungen „Teilqualifizierende Berufsfachschule“ durch einen Irrtum vorab und damit nicht am einheitlichen Prüfungstermin durchgeführt worden. Ebenso haben offenbar einzelne Lehrkräfte einer anderen Berufsbildenden Schule Aufgaben des Faches „Sprache und Kommunikation“ ihren Schülerinnen und Schülern vorab bekannt gemacht.

Durch beide Vorfälle ist das Prüfungsgeheimnis eindeutig verletzt worden. Daher musste die Schulaufsicht des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB) alle geschriebenen Arbeiten für ungültig erklären und hat nun neue Prüfungstermine angesetzt.

Schulsenator Ties Rabe dazu: „Ich bin sehr verärgert über diese Vorgänge und werde alles an die lückenlose Aufklärung setzen. Die notwendigen disziplinarischen Schritte sind bereits eingeleitet. Ich bitte alle ehrlichen Schülerinnen und Schüler, die ohne Vorabkenntnis der Aufgaben die Prüfungen abgelegt haben, um Verständnis dafür, dass auch ihre Arbeiten zwingend für ungültig erklärt werden mussten. Gleiches gilt für die Lehrerinnen und Lehrer, die bereits erhebliche Zeit in die Korrektur der Arbeiten gesteckt haben.“

Für Rückfragen der Medien:

Peter Albrecht, Pressesprecher

Behörde für Schule und Berufsbildung;

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: Peter.Albrecht@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

20. Mai 2011/bsb20a

Neues Ausbildungszentrum für Holzberufe - Holzzentrum mit ökologischen und technischen Spitzenstandards an der G 6 eingeweiht

Die Berufliche Schule Holz, Farbe, Textil (G 6) in Barmbek hat am Freitag ein Holzzentrum mit modernster Medien- und Holzbearbeitungstechnologie und hoher Energieeffizienz eingeweiht. „Die Ausstattungen der Fachräume, der Arbeitsplätze für Schülerinnen und Schüler und der Lehrerbüros sind auf einen praxisorientierten, individualisierten Unterricht und Teamarbeit ausgelegt. Das Zentrum selbst ist ein Meisterstück ökologischen Bauens“, sagte Michael Voges, Staatsrat der Behörde für Schule und Berufsbildung bei der Einweihung des Gebäudes.

Eine 500 Quadratmeter große Photovoltaik-Anlage liefert der Schule zehn Prozent ihrer benötigten elektrischen Energie. Die komplette Wärmedämmung, eine elektronische Steuerung von Heizung und Beleuchtung sowie die Wärmenutzung einer Absauganlage sorgen für optimale Energieeffizienz. „Gerade Schulen als öffentliche Gebäude können und sollen Vorbildcharakter für Klimaschutz zeigen“, sagte Voges. Hier setze die G6 als eine Schule, die mit dem natürlichen Rohstoff Holz arbeite und Nachhaltigkeit in ihrem Programm festgeschrieben habe, auch im Unterricht Maßstäbe.

Damit die Schülerinnen und Schüler im Lernfeldunterricht einen vollständigen Arbeitsablauf vom Kundenauftrag über die Planung, Herstellung und Präsentation bis zur Analyse einüben können, stehen Smartboards, Netzwerkanschlüsse, Holzbearbeitungstechnik von der Hobelbank bis zu CNC-Zentren und Präsentationsflächen zur Verfügung.

Der Bau des Holzzentrums kostete rund 8,5 Millionen Euro sowie rund 500.000 Euro für den Maschinenpark und wurde vom Architektenbüro Kaj Müller geplant und realisiert.

Für Rückfragen der Medien:

Peter Albrecht, Pressesprecher

Behörde für Schule und Berufsbildung;

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: Peter.Albrecht@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

17. Mai 2010/bsu17

Klimaschutz ist die halbe Miete

Erster Umwelthauptstadt- Dialog zum Thema „Energieeffizientes Bauen & Sanieren“ heute auf Kampnagel

Mitreden, mitmachen, mitgestalten – unter diesem Motto eröffnen der Erste Bürgermeister Olaf Scholz und Umweltsenatorin Jutta Blankau heute Abend die Umwelthauptstadt-Dialoge. Erstes Thema der Veranstaltungsreihe auf Kampnagel ist energieeffizientes Bauen und Sanieren. Sechs weitere, jeweils moderierte Abendtermine zu zentralen Themen der Umwelthauptstadt folgen bis November. Alle Hamburger sind eingeladen, aktiv auf Umwelt- und Klimaschutzfragen der Hansestadt Einfluss zu nehmen. Kritische Anmerkungen und grundlegende Fragen sind ebenso willkommen wie innovative Ideen. Im Austausch mit Experten und Vertretern vom Verkehrsclub bis hin zur Wohnungswirtschaft können so neue Lösungswege gestaltet und konkrete Verabredungen entwickelt werden. Die Ergebnisse werden im Anschluss mit einem symbolischen Staffelstab an Senatorin Blankau übergeben. Das Ideenportal nexthamburg.de begleitet online alle Dialoge mit eigenen Themenräumen, in denen offen diskutiert werden kann.

Umweltsenatorin Jutta Blankau: „Die Veranstaltungsreihe ist ein zentraler Bestandteil des Umwelthauptstadt-Jahres 2011. Hamburgs Bürgerinnen und Bürger treffen hier auf Vertreter von Politik, Verwaltung und Wirtschaft und haben Gelegenheit, die ökologische Zukunft unserer Stadt aktiv mitzugestalten. Wir suchen den direkten Dialog mit allen, um umfassend zu informieren, kontrovers zu diskutieren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.“ Die Resultate werden zum Abschluss einer jeden Veranstaltung an Senatorin Blankau in einem Staffelstab übergeben – ein Symbol dafür, dass diese definitiv aufgegriffen werden. Im Frühjahr 2012 wird es einen Folge-Dialog geben, der aufzeigt, wie die Ergebnisse der sieben Umwelthauptstadt-Dialoge praktisch umgesetzt werden können.

Der erste Dialog „Klimaschutz ist die halbe Miete“ beschäftigt sich mit klimafreundlichem Wohnen und Möglichkeiten für energieeffizientes und finanzierbares Bauen und Sanieren. Denn 40 Prozent des gesamten Energieverbrauchs in Deutschland entfallen auf private und öffentliche Gebäude für Heizung, Warmwasser und Beleuchtung. Das ist der größte Anteil am Energiebedarf – noch vor Verkehr und Industrie. Die Nebenkosten können ebenso hoch ausfallen wie die Grundmiete. Durch fachgerechtes Sanieren und moderne Gebäudetechnik lassen sich bis zu 90 Prozent dieses Energiebedarfs einsparen. Doch wer trägt dafür am Ende die Kosten? Ist alles Mögliche auch nötig? Welches Klimapotenzial haben die für Hamburg vorgesehenen 6.000 neuen Wohnungen? Nützliche Tipps und Tricks, die sowohl der Umwelt als auch dem privaten Geldbeutel zugutekommen, liefert beispielsweise die Hamburger EnergieAgentur (Hamea). Sie informiert über Energiefresser im Haushalt und zeigt, wie erhebliche Mengen an Energie eingespart werden können.

Der Ablauf der Dialoge gliedert sich in drei Schritte: Zunächst erhalten die Besucher von Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis einen Überblick der jeweiligen Thematik – in Form von Impulsvorträgen, Statements oder moderierten Diskussionsrunden. Anschließend können Einzel-Themen in kleinen Foren mit Fachleuten diskutiert werden – wie beispielsweise klimagerechte Modernisierung oder Pro und Contra von Passivhäusern. Parallel ist auch der Besuch der begleitenden Ausstellung möglich. Abschließend werden die Ergebnisse der Dialogrunden vorgestellt und mit einem symbolischen Staffelstab der Leitung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt übergeben.

Jede der sieben Dialogrunden steht für sich, die Informationen bauen nicht aufeinander auf, ergänzen sich jedoch in der Zielsetzung: Bis 2050 strebt die Freie und Hansestadt Hamburg eine CO₂-Minderung um mindestens 80 Prozent an. In den einzelnen Veranstaltungen liefern Experten aktuelle Informationen, beleuchten Vor- und Nachteile aus unterschiedlichen Sichtweisen und stehen den Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort. Jeder ist eingeladen, gleich welchen Wissenstands, sich aktiv an der Diskussion zu beteiligen und neue Impulse zu geben. Ziel ist es, in regem Austausch neue Lösungswege zu finden. Neben umfassenden Informationen und Berichten von Expertinnen und Experten bietet die Veranstaltungsreihe einen intensiven Austausch, interessante Ausstellungen sowie konkrete Tipps.

Die Teilnahme an allen Umwelthauptstadt-Dialogen ist kostenfrei. Zur besseren Organisation der Veranstaltung wird um freiwillige Anmeldung gebeten:

www.umwelthauptstadt.hamburg.de/veranstaltungen

Die Umwelthauptstadt-Dialoge im Überblick

- 17. Mai 2011: **Klimaschutz ist die halbe Miete!** – *Energieeffizientes Bauen und Sanieren*
Ort: Kampnagel, 18.00 bis 21.30 Uhr, Jarrestraße 20, 22303 Hamburg
- 27. Mai 2011: **Schlau kaufen statt Kaufrauschen** – *Wege zum nachhaltigen Konsum*
Ort: Hamburg Messe *goodgoods*, 16.00 bis 19.00 Uhr, Messeplatz 1, 20357 Hamburg
- 15. Juni 2011: **Hamburgs blaues Gold** – *Leben mit Wasser*
Ort: Kampnagel, 18.00 bis 21.30 Uhr, Jarrestraße 20, 22303 Hamburg
- September 2011: **2050 beginnt jetzt** – *Der Hamburger Masterplan Klimaschutz*
Ort: Kampnagel, 18.00 bis 21.30 Uhr, Jarrestraße 20, 22303 Hamburg
- 14. September 2011: **Da geht was!** – *Klimafreundlich mobil in Hamburg*
Ort: Kampnagel, 18.00 bis 21.30 Uhr, Jarrestraße 20, 22303 Hamburg
- 28. September 2011: **Unendlich viel Wert** – *Von der Abfall- zur Ressourcenwirtschaft*
Ort: Kampnagel, 18.00 bis 21.30 Uhr, Jarrestraße 20, 22303 Hamburg
- November 2011: **Stadt der (T)Räume** – *Perspektiven für urbanes Grün*
Ort: Kampnagel, 18.00 bis 21.30 Uhr, Jarrestraße 20, 22303 Hamburg

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann @bsu.hamburg.de.

18. Mai 2011/bsu18

Green Events: Einmal das Gleiche in Grün, bitte!

Umwelthauptstadt gibt Broschüre für nachhaltige Veranstaltungen heraus

Mit dem neuen Veranstalter-Leitfaden „**Events: Das Gleiche in Grün**“ startet die Umwelthauptstadt eine Motivations-Offensive für umweltbewusstes Handeln. Detaillierte Empfehlungen sollen Veranstaltungen jeder Größenordnung dabei helfen zu ergrünen. „Die einzige Voraussetzung dabei ist der erklärte Wille zum Wandel. Wir wollen alle Veranstalter der Umwelthauptstadt und darüber hinaus dabei unterstützen, ihre Events umweltfreundlicher zu gestalten“, sagt Jutta Blankau, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt.

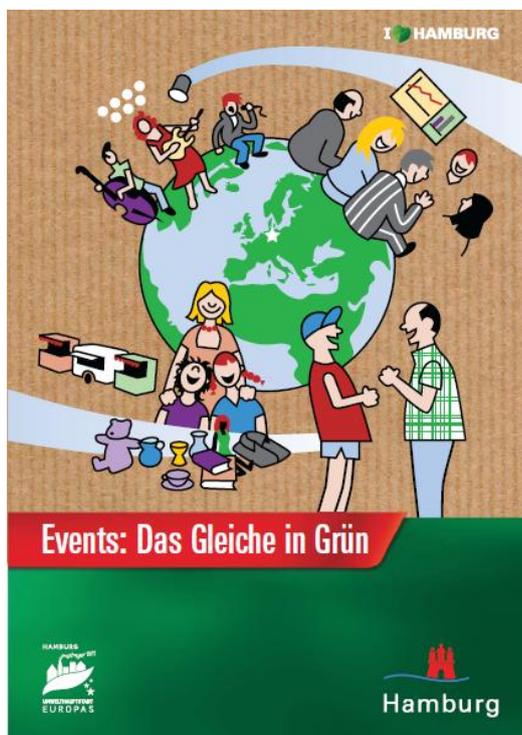
Zunächst empfiehlt der Leitfaden, wie der Energieaufwand herabgesetzt werden kann. Diese Tipps betreffen Dinge wie Licht, Ton, Heizung oder Kühlung. Müll sollte nicht nur umweltschonend entsorgt werden, sondern im besten Falle gar nicht erst entstehen. Einmal-Geschirr und -Besteck sollten ganz vermieden werden. Zwei der vielen strategischen Empfehlungen lauten: langfristige Kooperationen mit Gleichgesinnten eingehen oder Mischkalkulationen machen, indem beispielsweise höhere Kosten, die durch Bio-Kost entstehen durch Einsparungen beim Stromverbrauch ausgeglichen werden.

Um langfristig zu einem „Green Event“ zu werden, ist vor allem eines wichtig: die Veranstalter müssen mit Herzblut hinter der Sache stehen. So wie Dieter Meine, Geschäftsführer der Altonale. In diesem Jahr heißt es bei dem Pilotprojekt der Umwelthauptstadt „Altonale goes green“. Meine will in zehn Jahren eine komplett nachhaltige Veranstaltung leiten. „Wir haben einen langen Weg vor uns. Aber das Tolle ist ja, dass so viele Leute dahinter stehen“, sagt Meine.

Eine weitere Hilfe auf dem Weg zum „Green Event“ sind die Checklisten. Sie berücksichtigen unterschiedliche Aspekte von Großveranstaltungen wie Hotels, Veranstaltungsorte, generelle Planung und Gastronomiebetriebe. Mit ihrer Hilfe können die Veranstalter selbst überprüfen, welche Maßnahmen sie zum Beispiel bei der Veranstaltungsplanung umsetzen können, und sie können die Checklisten auch nutzen, um gemeinsam mit Hotels und Caterern ökologische Standards für die Veranstaltung zu überprüfen.

Auch die Umwelthauptstadt selbst geht bei eigenen Veranstaltungen mit gutem Beispiel voran. Die Auftaktveranstaltung im vergangenen November fand z.B. deshalb auf Kampnagel statt, weil dort eine Photovoltaikanlage für einen Teil der Energie sorgt. Es gab Bio-Fingerfood und -Wein, auf ein gedrucktes Programm wurde verzichtet. Mit Maßnahmen wie diesen lassen sich Events schnell umweltfreundlicher gestalten.

Der Leitfaden und die Checklisten wurden von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) in enger Zusammenarbeit mit den Organisatoren des Münchner Tollwood-Festivals und der Unternehmensberatung Steinbach Strategien erstellt. Ab sofort ist der Leitfaden „**Events: Das Gleiche in Grün**“ als kostenloser Download unter <http://umwelthauptstadt.hamburg.de/veranstaltungen/nofl/2847272/leitfaden-green-events.html> erhältlich. Ein Druckexemplar kann man per Email bestellen bei umwelthauptstadt2011@bsu.hamburg.de



Kontakt:

Pressestelle d. Behörde f. Stadtentwicklung u. Umwelt, Volker Dumann: (040)42840-3249, volker.dumann@bsu.hamburg.de, www.hamburg.de/bsu

16. Mai 2011/bwf16

100 Jahre Hauptgebäude der Universität Hamburg gefeiert

Wissenschaftssenatorin Stapelfeldt bekennt sich zu baulichen Investitionen in die Hochschulen

Anlässlich der Übergabe des Hauptgebäudes an die Hamburger Bürger und Bürgerinnen vor 100 Jahren begibt die Universität Hamburg heute eine Feierstunde mit rund 250 Gästen aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft, darunter auch Angehörige der Familie Siemens und der Stiftung. Den Festvortrag hielt der renommierte Berliner Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Heinz-Elmar Tenorth von der Humboldt-Universität zu Berlin. Anlässlich des Jubiläums wurden die Hörsäle H und K nach dem Sozialökonom Eduard Heimann und dem Juristen und Friedensforscher Albrecht Mendelssohn Bartholdy benannt.

Hamburgs Zweite Bürgermeisterin und Senatorin für Wissenschaft und Forschung, **Dr. Dorothee Stapelfeldt**, erinnerte in ihrem Grußwort an die großzügige Initiative des Kaufmanns Edmund J.A. Siemens, dass das Vorlesungsgebäude gebaut werden konnte. „Edmund Siemens war es, der den Bau anstieß und der Stadt schenkte, der am Ende 1,5 Millionen Mark dafür bezahlte und gegenüber dem damaligen Bürgermeister Mönckeberg den prominenten Standort durchsetzte. Dafür müssen wir ihm heute noch dankbar sein; mit dem Hauptgebäude die Universität im Herzen der Stadt zu haben“, sagte die **Senatorin**. Ebenso dankte sie dem Ehepaar Hannelore und Helmut Greve, das mit seinen großzügigen Spenden die Erweiterung des Gebäudes um seine beiden Flügelbauten ermöglicht hat.

Für den Wissenschaftsstandort Hamburg sei es von entscheidender Bedeutung, eine exzellente wissenschaftliche Infrastruktur mit hervorragenden Lehr-, Lern- und Forschungsbedingungen zu schaffen. Der aktuelle bauliche Zustand vieler Hochschulgebäude entspräche diesen Anforderungen nicht, sagte die **Senatorin**. Das gälte in besonderem Maße für die Universität Hamburg mit ihren beiden zentralen Standorten Bundesstraße und Von-Melle-Park. „Es gibt unbestreitbar zusätzliche Raumbedarfe, die dringend erfüllt werden müssen. Will man für Forschung, Lehre und Bildung an der Universität angemessene, moderne und ausreichend dimensionierte Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, werden wir hohe dreistellige Millionenbeträge aufbringen müssen. Hinzu kommen nicht unerhebliche Beträge für die übrigen Hamburger Hochschulen“, betonte **Dr. Stapelfeldt**. Trotz der ausgesprochen schwierigen Ausgangslage sei der Senat fest entschlossen, die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Im Zentrum stünden dabei zunächst Neubauten an der Bundesstraße für den KlimaCampus, für das MIN-Zentralgebäude und für die Informatik. Aber auch die Lehr-, Lern- und Forschungsbedingungen der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer am Von-Melle-Park müssten verbessert werden. „Dazu will ich in einem offenen Prozess mit der Universität die Entwicklungsoptionen durch Neubauten, Sanierungen und funktionale Nutzungen der jeweiligen Gebäude diskutieren und anschließend sachgerechte Entscheidungen zum Wohle der Universität treffen“, sagte die Senatorin. Die Stadt stehe insoweit vor einem großen finanziellen und damit auch politischen Kraftakt. „Wissenschaft hat eine große Bedeutung für die Lebenschancen der Menschen und deren individuelle Entwicklungsperspektiven. Sie ist aber vor allem wesentlich für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft“, so Dr. Stapelfeldt abschließend.

Hintergrund:

Die Universität Hamburg gehört zu den jüngeren deutschen Universitäten. Ihre Errichtung erfolgte erst im Jahre 1919 nach einem Beschluss der ersten demokratisch gewählten Hamburgischen Bürgerschaft. Die Wurzeln der Universität reichen jedoch weiter zurück. 1613 wurde in Hamburg das "Akademische Gymnasium" als Zwischenstufe zwischen Schule und Universität gegründet. Aus Mangel an Zuhörern musste diese Einrichtung 1883 geschlossen werden; es blieb jedoch ein 1895 neugeordnetes "Allgemeines Vorlesungswesen". Hierfür stiftete der Hamburger Kaufmann Edmund J.A. Siemers das 1911 eingeweihte Vorlesungsgebäude an der später nach ihm benannten Allee. DER FORSCHUNG, DER LEHRE, DER BILDUNG gewidmet, dient es heute als "Hauptgebäude" der Universität.

Für Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Tel: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

18. Mai 2011/bwf18

Drei Hamburger Hochschulen für Engagement in der Hochschule ausgezeichnet

HCU, TUHH und HAW im „Qualitätspakt Lehre“ erfolgreich

Die HafenCity Universität Hamburg (HCU), die Technische Universität Hamburg-Harburg (TUHH) und die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) sind gestern für ihre Konzepte zur Verbesserung der Studienbedingungen und für mehr Qualität in der Hochschullehre ausgezeichnet worden.

Die drei Hochschulen sind als Gewinner der ersten Auswahlrunde des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) getragenen "Qualitätspakts Lehre" hervorgegangen. Ab dem Wintersemester 2011/12 erhalten sie vom Bund insgesamt rund 15 Millionen Euro für zusätzliche Personal- und Sachkosten, um die bewilligten Maßnahmen durchführen zu können. Die Förderdauer beträgt bis zu fünf Jahren. Ab dem Jahr 2017 besteht zudem eine Verlängerungsmöglichkeit bis zum Ende der Programmlaufzeit im Dezember 2020.

Hamburgs Wissenschaftssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt freut sich mit den drei Gewinnern: „Die HCU, TUHH und HAW haben mit ihren spezifischen Konzepten die Jury überzeugt. Ich gratuliere den Hochschulen und all denjenigen, die die Konzepte ausgearbeitet haben, sehr herzlich. Sie haben eine tolle Arbeit geleistet und werden nun dafür belohnt. Mit den zusätzlichen Bundesmitteln können die Hochschulen jetzt nicht nur die vorgeschlagenen Maßnahmen realisieren, sie erhalten auch eine langfristige Planungssicherheit für ihre Konzepte.“

Der GWK-Vorsitzende, Senator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, und die stellvertretende GWK-Vorsitzende, Bundesministerin Prof. Dr. Annette Schavan, hatten die Ergebnisse der ersten Auswahlrunde am gestrigen Dienstag in Berlin vorgestellt. Bundesweit werden 111 Hochschulen in den nächsten fünf Jahren unterstützt. Darunter sind 52 Universitäten, 47 Fachhochschulen und 12 Kunst- und Musikhochschulen. Gefördert werden eine bessere Personalausstattung der Hochschulen, Maßnahmen zur Qualifizierung des Hochschulpersonals für die Aufgaben in Lehre, Betreuung und Beratung sowie neue Impulse zur Weiterentwicklung der Lehrqualität und zur Professionalisierung der Lehre. Einschließlich der möglichen Anschlussförderung stellt der Bund bis zum Jahr 2020 rund 2 Milliarden Euro für den Qualitätspakt Lehre zur Verfügung.

Für Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Tel: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

19. Mai 2011/bwf19

HafenCity Universität: Wissenschaftsbehörde erteilt Spekulationen in den Medien eine Absage

Zu Spekulationen in den Medien über die HafenCity Universität Hamburg (HCU) stellt die Wissenschaftsbehörde klar: Es gibt keinerlei Überlegungen in der Behörde hinsichtlich einer Zusammenlegung der HCU mit der TU Hamburg-Harburg. Die HCU ist fester Bestandteil der Wissenschaftsstadt Hamburg.

Angesichts der aktuellen Debatte über den Wissenschaftshaushalt wird die Senatorin für Wissenschaft und Forschung weiter in einem offenen, transparenten Diskussionsprozess mit den Hochschulen bleiben.

Für Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs

Tel: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

17.05.2011/kb17

„Wie wollt ihr euch erinnern?“ – Jugendliche bekommen Möglichkeit zur Gestaltung eines Erinnerungsorts

Kultursenatorin stellt Beteiligungsprojekt für den Gedenkort Lohseplatz vor

Unter der Überschrift „Wie wollt ihr euch erinnern?“ startet die Kulturbehörde zur Zeit gemeinsam mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und weiteren Partnern ein neuartiges Beteiligungsprojekt: Gesucht werden 40 Jugendliche aus Hamburg und Umgebung, die sich an der Konzeption eines geplanten Gedenkortes am Lohseplatz beteiligen möchten. Der Lohseplatz war zwischen 1940 und 1945 für mindestens 7.692 Juden, Sinti und Roma Ausgangspunkt ihrer Deportation.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler stellte das Projekt heute vor: „Jugendliche zählen zu den häufigsten Besuchern von Gedenkorten. Mit dem Projekt „Wie wollt ihr euch erinnern?“ möchten wir daher Jugendliche einladen, sich aus ihrer Sicht mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ihrer Stadt auseinanderzusetzen. Sie sollen eigene Ideen entwickeln, wie der Lohseplatz zu einem Ort der lebendigen Erinnerung, des Austauschs und der Diskussion werden kann.“

Zum Mitmachen aufgerufen sind Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren, die aus Hamburg und Umgebung kommen. In insgesamt sieben Workshops bekommen die Jugendlichen die Gelegenheit, die Geschichte des Hannoverschen Bahnhofs und die Planungen für den Gedenkort kennenzulernen und eigene Ideen zu entwickeln. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und des Landesjugendrings Hamburg werden die Teilnehmer betreuen. Die Anregungen der Jugendlichen fließen in die weitere Planung für den Gedenkort ein. Interessierte Jugendliche können sich ab sofort bis zum 22. August bewerben (Kontakte siehe unten). Die Workshops beginnen im Oktober, im Mai 2012 erfolgt dann die Präsentation der Ergebnisse und die Begutachtung durch eine Jury.

Hintergrund: Ein Gedenkort am Lohseplatz

Zwischen 1940 und 1945 war der am Lohseplatz gelegene ehemalige „Hannoversche Bahnhof“ Ausgangspunkt für insgesamt 20 Deportationen, bei denen mindestens 7.692 Menschen aus ganz Norddeutschland in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager verschleppt wurden, da sie der rassistischen NS-Ideologie zufolge als Juden, Sinti oder Roma verfolgt wurden. Die Freie und Hansestadt Hamburg plant in Abstimmung mit den Opferverbänden seit 2004 eine Gedenkstätte an diesem historischen Ort inmitten der HafenCity. Die Eröffnung des „Informations- und Dokumentationszentrums Hannoverscher Bahnhof“ ist für 2013 geplant, die Fertigstellung des umliegenden Lohseparks bis 2017.

Stimmen von Projektpartnern:

Carlo Klett, Geschäftsführer Landesjugendring Hamburg: „Die Überwindung von Faschismus und Krieg gehört zu den Grunderfahrungen einer ganzen Generation. Auf diesen Erfahrungen baut

unser demokratisches Gemeinwesen und der europäische Einigungsprozess auf. Jede/r Einzelne und jede Generation muss für sich ihre eigene Auseinandersetzung darüber führen und erkennen, dass Demokratie nicht vererbt wird und die Würde des Menschen unantastbar ist."

Ansgar Wimmer, Vorstandsvorsitzender der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S.: „Das Projekt „Wie wollt ihr Euch erinnern?“ bietet Jugendlichen die Chance, einen wichtigen Ort des Gedenkens in Hamburg schon zu einer frühen Entwicklungsphase mit zu gestalten. Ohne die Impulse ganz unterschiedlicher Jugendlicher kann die Vermittlung der besonderen geschichtlichen Verantwortung in die Migrationsgesellschaft nicht gelingen.“

Für Rückfragen:

Stefan Nowicki

Pressestelle der Kulturbehörde

040 / 42824 - 293

pressestelle@kb.hamburg.de

19.05.2011/kb19

40 Jahre ZEIT-Stiftung

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler gratuliert zum Jubiläum

Vor vierzig Jahren gründete Gerd Bucerius in Hamburg die ZEIT-Stiftung. Anlässlich des Jubiläums gratuliert Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler der Stiftung.

Kisseler: „Seit 40 Jahren bereichert die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius insbesondere – aber nicht nur – die Hamburger Kulturlandschaft. Mit ihren zahlreichen Förderprojekten ist die Stiftung nicht nur ein verlässlicher Partner für die Kulturinstitutionen, mit dem Bucerius Kunst Forum ist sie seit 2002 auch selbst ein wichtiger eigenständiger Kulturakteur in der Hansestadt. Ich bin sicher, ohne die ZEIT-Stiftung gäbe es die Hamburger Kulturlandschaft, so wie wir sie heute kennen, mit Sicherheit nicht.“

Für Rückfragen:

Stefan Nowicki

Pressestelle der Kulturbehörde

040 / 42824 – 293

pressestelle@kb.hamburg.de

19.05.2011/kb19a

„Atmen und halbwegs frei sein – Flucht nach Shanghai“ **Senatorin Prof. Barbara Kisseler eröffnet Ausstellung im hamburgmuseum**

Als sich mit der Pogromnacht im November 1938 die ohnehin schon bedrohliche Lage für die jüdische Bevölkerung dramatisch zuspitzte, versuchten abertausende deutsche und österreichische Juden, darunter auch viele Hamburger, ihr Land zu verlassen. Zufluchtsort für viele dieser Menschen war Shanghai. Die Stadt erlaubte als einziger Ort der Welt nach 1938 den Emigranten noch eine Einreise ohne Visum. Auf Initiative von Senatskanzlei und Kulturbehörde zeigt das hamburgmuseum ab 20. Mai in einer Ausstellung das Schicksal dieser Flüchtlinge.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler anlässlich der Ausstellungseröffnung: „Das Exil offenbart sich dem Flüchtling als Rettung und ungewünschte Fremde zugleich. Es prallen unterschiedlichste Kulturen aufeinander und dies häufig unter hohem emotionalen und wirtschaftlichen Druck. Umso bemerkenswerter und historisch vorbildhaft ist es, wenn dieses Zusammenleben friedlich, interessiert und freundschaftlich verläuft. Dies war in Shanghai der Fall und für diese Rettung in höchster Not sind wir der Stadt Shanghai bis heute aus tiefstem Herzen dankbar.“

Die Ausstellung **„atmen und halbwegs frei sein - Flucht nach Shanghai“** ist ein kulturelles Kooperationsprojekt mit dem Bezirk Hongkou in Shanghai und findet im Rahmen der 25-jährigen Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und Shanghai und im Rahmen der Bezirkspartnerschaft zwischen Hamburg-Mitte und Hongkou statt. Sie ist bis zum 17. Juli 2011 im Museum für Hamburgische Geschichte zu sehen. Die Ausstellung wird von den Historikerinnen Sybille Baumbach und Claudia Thorn sowie den Künstlern Jens Huckeriede und Tillmann Terbuyken realisiert.

Für Rückfragen:

Stefan Nowicki
Pressestelle der Kulturbehörde
040 / 42824 – 293
pressestelle@kb.hamburg.de

IBA-Bildungszentrum „Tor zur Welt“ nimmt an medientechnischem Pilotprojekt teil

Das IBA-Projekt „Tor zur Welt“ erhält Mediale Geowerkstatt

Das Bildungszentrum „Tor zur Welt“, ein Projekt der Behörde für Schule und Berufsbildung im Rahmen der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg, startet ein innovatives Bildungsprojekt. Das Zentrum erhält eine Mediale Geowerkstatt, in der die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler gestärkt und gefördert werden soll. Am **Dienstag, 17. Mai 2011**, wurde den Teilnehmern eines Pilotprojekts im Hamburger Planetarium die technische Ausstattung überreicht und eine erste Einführung gegeben. Mit dem Bau der Medialen Geowerkstatt, die einem kleinen Planetarium gleicht, stehen dem Medienzentrum und elf weiteren Bildungseinrichtungen im Süden Hamburgs ab 2013 neue Möglichkeiten zur Verfügung. Sie werden in den kommenden zwei Jahren erprobt. Im Rahmen dieses Pilotprojekts, das den Namen „Unsere Insel“ trägt, werden aktuelle Themen der Elbinseln aufgegriffen und von Schulkassen aller Altersgruppen für eine Präsentation vor IBA-Besuchern bearbeitet.

Hamburg, 18. Mai 2011. Mit der Medialen Geowerkstatt macht sich das Bildungszentrum „Tor zur Welt“ die Medientechnik von Planetarien zu Nutze. So können Bildungs- und Lerninhalte wie in einem Planetarium erarbeitet und gezeigt werden. In erster Linie sollen komplexe globale Zusammenhänge, zum Beispiel der Klimawandel, erschlossen und dargestellt werden. **Uli Hellweg, IBA-Geschäftsführer, sagt:** „Wir nutzen die Chancen der Zusammenarbeit, um die Medienkompetenz in Schulen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen zu stärken. Eine Mediale Geowerkstatt ist dafür ein idealer Lernort.“ Auf Initiative des Direktors des Hamburger Planetariums, Thomas Kraupe, haben sich die Schulbehörde, das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung sowie die HafenCity Universität Hamburg zusammengetan, um das Lernen mit Neuen Medien in den Bildungseinrichtungen der Stadt zu stärken.

Neue Medientechnik zur Erschließung globaler Zusammenhänge

Die Mediale Geowerkstatt im „Tor zur Welt“ soll in der Bildungslandschaft der Elbinseln Impulse setzen, das Lernen mit und die Anwendung der Medien zu verbessern. **Thomas Kraupe, Direktor des Hamburger Planetariums, sagt:** „Wir verfügen bereits heute über die Möglichkeiten, komplexe Zusammenhänge des globalen Wandels durch immersive Projektionsmöglichkeiten mit Schülerinnen und Schülern zu erschließen und sehr anschaulich darzustellen.“

Leitgedanke der Medialen Geowerkstatt ist, der wachsenden Bedeutung einer medialen Erschließung der Welt und der Stärkung der Medienpädagogik in allen Bildungsbereichen gerecht zu werden. Für das zweijährige Pilotprojekt stellt die IBA Hamburg eine technische Ausstattung zur Verfügung, die dauerhaft in den Einrichtungen bleiben soll. Schülerinnen und Schüler können damit Präsentationen erstellen, die später in der Projektionskuppel der Medialen Geowerkstatt gezeigt werden. Lehrerinnen und Lehrer, erhalten Beratung und Fortbildungsangebote im unterrichtlichen Einsatz mit den neuen Möglichkeiten.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH, Enno Isermann, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
enno.isermann@iba-hamburg.de, Tel: 040 / 226 227 – 335 oder an presse@iba-hamburg.de
Projektkoordinator Bildungszentrum Tor zur Welt, Jörg-Robert Schreiber,
joerg-robert.schreiber@li-hamburg.de, Tel: 040 / 42 88 77 – 226

Folgen Sie der IBA Hamburg auch auf Twitter: twitter.com/iba_hamburg

Möchten Sie den IBA-Newsletter abonnieren? www.iba-hamburg.de/newsletter



PRESSEINFORMATION

20.05.2011/iba20

„Baukultur made in Germany“ – IBA DOCK macht den Sprung nach Brasilien

IBA DOCK auf der Architekturbiennale São Paulo

Unter dem Motto „Baukultur made in Germany“ erstellt die Bundesarchitektenkammer (BAK) im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und in Zusammenarbeit mit der Bundesingenieurkammer (BIngK) den deutschen Beitrag zur Architekturbiennale São Paulo 2011. Jetzt wurden 20 besondere architektonische Projekte ausgewählt, die in São Paulo ausgestellt werden. Unter ihnen ist das IBA DOCK, seit dem Frühjahr 2010 die Geschäftsstelle und Zentrale der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg. Die IX. Internationale Architekturbiennale von São Paulo findet vom 1. November bis 4. Dezember 2011 statt.

Hamburg, 20. Mai 2011 – „Wir freuen uns sehr und sind stolz, uns mit dem IBA DOCK nach dem Entwurf des hannoverschen Büros Prof. Han Slawik in eine Reihe herausragender zeitgenössischer Baukultur einzureihen“, freut sich **IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg** über die Auszeichnung. Das IBA DOCK, Deutschlands größtes schwimmendes Ausstellungs- und Bürogebäude, liegt im Müggenburger Zollhafen auf der Veddel. Das schwimmende Containerhaus sinkt und steigt rund drei Meter täglich, passt sich damit der tideabhängigen Elbe an und verbraucht wegen seiner Wasserlage keine Flächen. Darüber hinaus nutzt es die Wärme der Sonne mit Solarthermie und Photovoltaik auf dem Dach. Außerdem speichert es Wärme und Kälte des Elbwassers in seinem Wärmetauscher.

In São Paulo, Brasilien, wird das IBA DOCK unter herausragenden und aktuellen nationalen und internationalen Projekten gezeigt. Eine Auswahlkommission unter der Leitung von **BAK-Präsident Sigurd Trommer** hat aus einer Auswahl von mehr als 120 teilnehmenden Architekturbüros die besten 20 Projekte für São Paulo gekürt.

Seit 1973 finden zunächst in unregelmäßigen Abständen Internationale Architekturbiennalen in Brasilien statt. Im Jahr 2009 hatte die IBA Hamburg als Generalkommissarin den deutschen Beitrag zur IIX. Architekturbiennale in São Paulo kuratiert.

Das IBA DOCK ist dienstags bis sonntags jeweils von 10.00 bis 18.00 Uhr geöffnet. Jeder kann sich die Ausstellung in der außergewöhnlichen Architektur nachhaltigen Bauens kostenfrei ansehen.

Bildmaterial des IBA DOCK können Sie unter folgendem Link ansehen und herunterladen:

Link: <http://iba-hamburg.eyebase.com>

Pin-Zugang: [sJFPRXrG](#)

(Eine Anmeldung oder die Eingabe persönlicher Daten ist nicht erforderlich; der Pin-Zugang verliert 30 Tage nach Veröffentlichung der Pressemitteilung seine Gültigkeit.)

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH, Enno Isermann, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,

enno.isermann@iba-hamburg.de, Tel: 040 / 226 227 – 335 oder an presse@iba-hamburg.de

Folgen Sie der IBA Hamburg auch auf Twitter: twitter.com/iba_hamburg **Möchten Sie den IBA-Newsletter abonnieren?**

www.iba-hamburg.de/newsletter

Frühling bei der Gartenschau

Damit 2013 alles blüht: Gartenschau pflanzt jetzt Tausende von Hecken, Stauden, Sträuchern und Bäumen im Wilhelmsburger Inselpark

Hamburg, 17. Mai 2011 – Farne, Felsenbirne, Eschen und Eichen: Im Frühjahr 2011 nimmt die igs 2013 umfassende Pflanzungen auf ihrem Gartenschau Gelände vor. Bis 2013 werden Zehntausende von Rosen, Stauden, Frühjahrs- und Sommerblumen gepflanzt, Hecken und Sträucher aufgebunden, an die 100.000 Blumenzwiebeln in die Erde gesetzt. Dutzende von unterschiedlichen Pflanzen- und Baumarten wie Tulpen und Kornveilchen, Ulmen, Buchen und Weiden werden auf dem Gelände vertreten sein. So wird den Besucher im Ausstellungsjahr 2013 ein rauschendes Blüten- und Pflanzenmeer empfangen: Pflanzen in überraschenden Formen, Bäume mit üppiger Krone im Wechsel mit etagenartigen Gehölzen, Röhrriech neben Uferstauden, Prachtstauden neben Wildblumenwiesen.

Seit jeher sind Gartenschauen nicht nur ein Fest der Blumen, sondern auch eine Leistungsschau der Grünen Branche: In gärtnerischen Wettbewerben treten Zierpflanzenproduzenten, Baumschulen, Garten- und Landschaftsbaufirmen gegeneinander an, um die schönste Blume, Staude oder Rose zu züchten. Die Pflanz- und Landschaftsplaner hingegen nehmen das gesamte Gelände in den Blick: Es ist der Ausstellungsraum, in dem sie die Pflanzen, Bäume, Topographien wie Wasser, Wege, Wiesen zu einem abwechslungsreichen Park anordnen – ähnlich wie der Kunsthändler seine Kunstwerke in der Galerie.

Indian Summer in Wilhelmsburg

Allen Pflanzungen der Gartenschau liegt demnach ein umfassendes Konzept zugrunde. Die vorwiegend heimischen Neupflanzungen fügen sich harmonisch in die bestehende Pflanzenwelt ein, erweitern, ergänzen oder kontrastieren sie. So ergab beispielsweise die Bestandsaufnahme, dass auf dem Gartenschau Gelände vor allem Erlen, Pappeln, Weiden und Birken wachsen. Im Herbst verfärben sie sich ausschließlich gelb-grün. Die igs 2013 pflanzt daher ergänzend orangefärbende Schneeballsträucher und rotfärbende Tulpen- und Amberbäume hinzu, so dass sich im Spätsommer im Wilhelmsburger Inselpark ein prächtiges Farbenspiel ereignen wird. Auch die sieben Gartenwelten werden durch unterschiedliche Farbkompositionen geprägt: In der Welt der Religionen etwa werden als Umrahmung ausschließlich weiß blühende Pflanzen und Sträucher gepflanzt, um die Festlichkeit der Welt zu unterstreichen. In den Wasserwelten rund um das Wilhelmsburger Wasserwerk wiederum dominieren die Farben Gelb und Weiß, frisch und sommerlich: Hier werden ab 2014 die Kanuten und Kajakfahrer paddeln, Spaziergänger die Uferpromenade an der Rathauswettern entlang schlendern und die Gäste auf der Terrasse des Restaurants im Wilhelmsburger Wasserwerk ihren Kaffee, ihr Mittag- oder Abendessen genießen.

Heiner Baumgarten, Geschäftsführer der igs 2013: „Die Schönheit eines Parks beruht – wie beim Menschen – auf seiner natürlichen Ausstrahlung. Das Pflanzkonzept der Gartenschau fügt sich daher in die bestehende Topographie ein, betont zugleich die Besonderheiten des Parks und bringt dessen Talente zu Tage: sich beispielsweise im Herbst bunter als nur in Gelb und Grün zu verfärben; seine wunderschönen Wasserläufe zu zeigen, statt sie hinter Hecken und Dickicht zu verstecken; seinen Baumbestand nicht nur mit Birken und Pappeln, sondern auch mit selteneren Gehölzen wie Eschen und Eichen zu bestücken. Und hin und wieder auch mal was zu wagen: Rosen, die zwischen grünen Hecken blühen; Blumen, die vor Sträuchern wachsen, um ihre kahlen Stämme zu kaschieren.

All diesen Ideen liegt die Vorstellung zugrunde, dass der Parkbesucher Ruhe und Muße, aber auch Anregung und Inspiration sucht. Dass ihn Monotonie erschöpft, zu viel Abwechslung aber stresst. Deshalb setzen wir auf den Farben- und Formenreichtum der heimischen Flora, deren Ausdruckskraft wir ab und an ein wenig nachhelfen.“

Rückfragen bitte an: Ina Heidemann, Petra Bäurle, igs 2013,
Tel. +49(0)40-226 31 98 -40/42, presse@igs-hamburg.de

16.05.2011/fb16

Hamburg und Schleswig-Holstein wollen enger zusammenarbeiten

Antrittsbesuch von Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher bei Finanzminister Rainer Wiegard

Kiel. Schleswig-Holsteins Finanzminister Rainer Wiegard und Hamburgs Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher wollen weitere Möglichkeiten einer engen Zusammenarbeit beider Länder ausloten. Das erklärten die beiden Amtskollegen nach dem Antrittsbesuch Tschentschers heute in Kiel. Als mögliche Bereiche nannten sie die Finanzierung von Hochschulaufgaben, das Akquirieren von EU-Fördergeldern und die Abwicklung von Förderprogrammen in beiden Ländern.

Wiegard und Tschentscher wiesen darauf hin, dass Hamburg und Schleswig-Holstein bereits heute bei einer Reihe von Themen erfolgreich kooperierten. So gebe es das gemeinsame Statistikamt Nord und die Eichdirektion Nord, die auch für Mecklenburg-Vorpommern zuständig ist. Außerdem sei Dataport der gemeinsame IT-Dienstleister für die öffentlichen Verwaltungen in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen. Das Dataport-Rechenzentrum für die Fachverfahren der Steuerverwaltungen sei außerdem auch für Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen zuständig.

„Dabei muss es nicht bleiben. Wenn wir die Chancen der Zusammenarbeit richtig nutzen, haben alle einen Vorteil davon“, erklärte Finanzminister Wiegard nach dem Gespräch.

Finanzsenator Tschentscher ergänzte: „Wir haben außerdem festgestellt, dass wir beim Thema Finanzplanung eine große Übereinstimmung haben.“

„Wichtigstes Ziel dabei ist für uns, die Bedingungen der Schuldenbremse einzuhalten und das strukturelle Defizit bis 2020 auf null zurückzuführen“, so Wiegard abschließend.

Die beiden Ressortchefs verabredeten, ihren Meinungs austausch bei einem Treffen in Hamburg fortzusetzen.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de